

Aus dem Grossen Rat

Weitere 57 Millionen für ein Fass ohne Boden

Gregor Biffiger, Grossrat SVP, Berikon

Erneut hatte sich der Grosse Rat an seiner jüngsten Sitzung mit einem Kernenergie-Vorstoss aus SP-Kreisen zu beschäftigen, der ein sofortiges Abschalten der Kernkraftwerke Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg forderte. Trotz aller Verunsicherung durch die atomare Katastrophe von Fukushima und trotz allem Misstrauen gegenüber Atomindustrie, willfährigen Aufsichtsbehörden und wankelmütigen Politikern gilt es, in der Kernenergiefrage einen kühlen Kopf zu bewahren, die Lage besonnen zu analysieren und keine unbedachten Schnellschüsse mit gravierenden Folgeschäden für unser Land, die Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort Schweiz abzufeuern. Der Antrag auf Direktbeschluss wurde denn auch mit 92 zu 33 Stimmen sehr deutlich abgelehnt.

Mit der Gutheissung des Dekrets über die Teilrevision des Spitalgesetzes kommt der Kanton Aargau der Spitalfinanzierung 2012 einen grossen Schritt näher. Den Kantonsspitalern werden Eigentum und Finanzierung ihrer Bauten vollständig übertragen. Sie sollen zu wettbewerbsfähigen Bedingungen wirtschaften können. Die Regierung wurde ermächtigt, bis zu einer Milliarde Franken für Finanzierungsbeihilfen an die Kantonsspitäler und die übrigen Spitäler aufzunehmen.

Zu Diskussionen Anlass gab wieder einmal die Sondermülldeponie Kölliken (SMDK). In der 608 000 Tonnen schweren Deponie lagern viele Giftfässer ohne Boden sowie längst geborstene Gebinde. Der labile Zustand der Deponie hat erhebliche Auswirkungen auf Sicherheit, Entsorgungszeitplan und Finanzen. Eine Alternative zum Rückbau der punkto Giftigkeit grössten Schweizer Altlast gibt es leider nicht. So bewilligte denn der Grosse Rat mit 111 zu 12 Stimmen zähneknirschend einen Nachtragskredit von 57 Millionen Franken. Damit steigt der Kreditanteil des Kantons Aargau auf 282 Millionen Franken. Es zeigt sich immer deutlicher, dass in Sachen SMDK die Weichen politisch völlig falsch gestellt worden sind. Der Grosse Rat hat nichts zu sagen und muss dennoch immer neue Millionensummen bewilligen. Besonders ärgerlich ist auch, dass sich das mit dem Rückbau der Deponie betraute Konsortium den Auftrag seinerzeit mit einer günstigeren Unternehmervariante gesichert hatte. Die Konkurrenz, welche sich an die offiziellen Ausschreibungsunterlagen gehalten hatte, ging leer aus. Den Preis für diese Unternehmervariante zahlt nun der Steuerzahler. Hinter vorgehaltener Hand hört man immer wieder den Vorwurf, das Baudepartement sei ohne grossen Widerstand eingeknickt und habe den Konsortiumsforderungen viel zu schnell nachgegeben. Das lässt für den weiteren Verlauf nichts Gutes erahnen. Es würde deshalb kaum erstaunen, wenn weitere happige Nachtragskredite folgen und die Sondermülldeponie finanziell zu einem Fass ohne Boden wird.